den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung aus, die die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW bestimmen. Diese Prinzipien schließen es grundsätzlich aus, daß die Mitgliedsländer des RGW und ihre Betriebe und Einrichtungen gegenseitig Schutzrechte für Erfindungen oder industrielle Muster mit Ausschließungsfaktor beantragen und gegeneinander solche Ausschließungsrechte geltend machen.

Der gegenseitige Schutz von Erfindungen und industriellen Mustern durch Urheberscheine (in der DDR für Erfindungen gegenwärtig durch Wirtschaftspatente, die in ihrer Rechtswirkung den Urheberscheinen entsprechen) macht sichtbar, daß im Rahmen des RGW die Bedingungen gegeben sind, um schrittweise einen einheitlichen territorialen Schutzbereich der RGW-Länder auf der Basis des Schutzes durch Urheberscheine für Erfindungen zu schaffen. Dabei wird sicher einer der nächsten bedeutenden Schritte darin bestehen, ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen sozialistischen Schutzdokumenten für Erfindungen durch die interessierten Mitgliedsländer des RGW abzuschließen.^{/5/}

Die konzeptionelle Arbeit ist schließlich eine wichtige Grundlage für die Genehmigung von Schutzrechtshandlungen in anderen Staaten. Diese Genehmigung ist als Grundbestimmung in § 18 der SchutzrechtsVO und detailliert in der 1. DB dazu geregelt. Hier ist auch erstmalig im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Erfindungspatent für den Rechtsschutz der Erfindungen in anderen Staaten für verbindlich erklärt worden (§ 4 der 1. DB). Der Erfindungspatent — der in Auswertung sowjetischer Erfahrungen mit dem Patentpatent eingeführt wurde — ist ein bedeutsames Leitungsinstrument zur Vorbereitung von Entscheidungen für die Durchführung schutzrechtlicher Handlungen für Erfindungen im Ausland. Seine Funktion besteht darin, jede einzelne Entscheidung über die Vornahme von Rechtshandlungen zum Erwerb von Rechtsschutz für Erfindungen in anderen Staaten nach wissenschaftlich begründeten Kriterien zu qualifizieren.^{/6/}

Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Gebiet der Schutzrechte

Die SchutzrechtsVO trägt maßgeblich zur weiteren Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Rechtsschutzes bei. Mit der exakten Verwirklichung der SchutzrechtsVO wird der an alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre gerichteten Forderung des VIII. Parteitagess Rechnung getragen, „vorbehaltlos die Gesetzlichkeit zu achten und die Gewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit zum festen Bestandteil der Leitungstätigkeit zu machen“.^{/7/} Für die Arbeit mit Schutzrechten bedeutet das vor allem, eine strenge Ordnung zu gewährleisten und alles zu tun, um unseren Staat vor Schaden zu schützen, der durch die Nichtbeachtung von fremden Schutzrechten oder durch andere Versäumnisse, wie unzureichende Geheimhaltung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse oder ungenügende Maßnahmen zum Schutz wichtiger Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Arbeit, eintreten kann. In den Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern erfordert die Arbeit mit Schutzrechten eine hohe Disziplin und die strikte Ein-

haltung der durch die SchutzrechtsVO festgelegten Ordnung. Schwerpunkte dabei sind die Gewährleistung der erforderlichen Rechtsmängelfreiheit und die strikte Einhaltung der gesetzlichen Regelungen bei Schutzrechtshandlungen in anderen Staaten.

Gewährleistung der Rechtsmängelfreiheit

Zu den Fragen der Rechtsmängelfreiheit trifft die SchutzrechtsVO eingehende Regelungen. Sie ist insoweit eine bedeutsame Ergänzung der entsprechenden wirtschaftsrechtlichen Regelungen, insbesondere des § 17 der 3. DVO zum Vertragsgesetz — Wirtschaftsverträge über wissenschaftlich-technische Leistungen — vom 13. Dezember 1973 (GBl. 1974 I S. 37). Die Regelung in § 11 der SchutzrechtsVO geht davon aus, daß die Sicherung der erforderlichen Rechtsmängelfreiheit von Exporterzeugnissen ein enges Zusammenwirken zwischen Herstellerbetrieben und den zuständigen Außenhandelsbetrieben erfordert. Sie verpflichtet die Außenhandelsbetriebe, sich hinsichtlich der Exportländer und des durch diese gekennzeichneten territorialen Bereichs für die Rechtsmängelfreiheit verbindlich zu äußern. Die Exportländer werden im Hinblick; auf die zu gewährleistende Rechtsmängelfreiheit in Wirtschaftsverträgen, vor allem in langfristigen Verträgen, fixiert. Die Exportbetriebe ihrerseits werden zur Rechtsmängelfreiheit in dem vereinbarten territorialen Umfang verpflichtet. Bei Verletzung dieser Pflicht sind sie schadenersatzpflichtig (§ 11 Abs. 2).

Einzelheiten der Aufgaben, Rechte und Pflichten der Betriebe und der Außenhandelsbetriebe bei der Gewährleistung der Rechtsmängelfreiheit für Exporterzeugnisse regelt, der Minister für Außenhandel im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane und dem Präsidenten des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen (§ 11 Abs. 4).

Einhaltung der Gesetzlichkeit bei Schutzrechtshandlungen in anderen Staaten

Bei der Durchführung von Schutzrechtshandlungen in anderen Staaten ist eine straffe Ordnung und Disziplin erforderlich. Die SchutzrechtsVO hat die Ordnung für die Vornahme von Schutzrechtshandlungen in anderen Staaten verbindlicher geregelt als bisherige Vorschriften. Die Rechte und Pflichten der Betriebe und der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe wurden umfangreicher ausgestaltet. Zugleich wurden aber bewährte Grundsätze der bisherigen gesetzlichen Regelung beibehalten.

Dazu gehört vor allem die gesetzliche Pflicht, Schutzrechte für Erfindungen, industrielle Muster oder Warenzeichen zuerst in der DDR anzumelden, bevor sie in anderen Staaten zur Anmeldung gelangen (§ 14). Diese Regelung ist für die Wahrung der Interessen unseres Staates von grundlegender Bedeutung. Sie dient zugleich dazu, eine starke Rechtsposition in anderen Staaten zu schaffen, da sie die Grundlage für die Inanspruchnahme einer Reihe von Vergünstigungen aus internationalen Konventionen auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums, insbesondere für das Geltendmachen des Prioritätsrechts nach der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, darstellt. Die Einhaltung der Rechtspflicht zur Erstanmeldung in der DDR ist deshalb unter den besonderen Schutz des § 7 der 1. DB zur SchutzrechtsVO gestellt worden, d. h., dieser Pflicht Zuwiderhandelnde können mit Verweis oder Ordnungsstrafe bestraft werden.

Mit der SchutzrechtsVO werden die Regelungen über die Genehmigungen von Schutzrechtshandlungen in den anderen Staaten weiterentwickelt. Vor allem wird die Verantwortung der den Betrieben übergeordneten Organe gestärkt und das Instrumentarium zur Vorberei-

^{/5/} Vgl. E. P. Pitrowanow, „Aktuelle Probleme der Entwicklung des Rechtsschutzes für wissenschaftlich-technische Ergebnisse im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsintegration der RGW-Mitgliedsländer“, der neuerer 1972, Heft 11, Beilage, S. 172.

^{/6/} Vgl. K. Henkel / H. Plusikwik / H. J. Schaub, „Patentarbeit im Ausland verbessern“, der neuerer 1974, Heft 2, Beilage, S. 24 ff.

^{/7/} E. Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VETI. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 67.